

---

---

# Krisenmuster und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa<sup>1</sup>

Joachim Becker

---

---

Die Länder Osteuropas weisen eine große Spannbreite der Krisenbetroffenheit auf: Während das BIP Polens 2009 sogar leicht gewachsen ist, verzeichneten die baltischen Länder und die Ukraine BIP-Rückgänge von 15% und mehr. Die Unterschiede hängen eng mit den Wachstumsmodellen der Vorkrisenjahre und deren spezifischen Krisenverwundbarkeiten zusammen. Das Wachstum der Visegrád-Länder (mit Ausnahme Ungarns) war stark exportgetrieben, wenngleich die steigende Privatverschuldung in einheimischer Währung das Wachstum ebenfalls beflügelte. In den baltischen Ländern und Südosteuropa kann man das Wachstumsmodell als „finanzialisiert“<sup>2</sup> charakterisieren, da hier die Dynamik sehr stark kreditfinanziert war. Die Verschuldungsdynamik wurde von außen alimentiert und erfolgte auch im Inneren vielfach über Devisenkredite. Auch Ungarn und die Ukraine teilten einige der Grundcharakteristika des finanzierten Modells, vor allem die hohe Fremdwährungsverschuldung. Der Beitrag geht den Krisendynamiken dieser beiden Grundmodelle nach und diskutiert deren Implikationen für die Krisenbekämpfungspolitik.

## 1. Krisendynamiken im exportgetriebenen Modell

Den osteuropäischen Ländern war und ist eine starke Außenorientierung der Ökonomie gemein. Im Verlaufe der Transformation wurde der Außenhandel stark auf Westeuropa ausgerichtet. Mit Ausnahme Sloweniens setzten die osteuropäischen Regierungen spätestens mit der Anbahnung von Verhandlungen über den EU-Beitritt strategisch auf Direktinvestitionen als Entwicklungsmotor.<sup>3</sup> Die Europäische Kommission machte die Öffnung für Auslandsinvestitionen und Privatisierungen zum zentralen Maßstab für die Beurteilung der Beitrittsfortschritte. Im Resultat spielen ausländische Firmen nicht nur in der verarbeitenden Industrie, sondern gerade auch im Finanzsektor eine dominante Rolle. Mit Ausnahme Sloweniens sind westliche Banken in den neuen Mitgliedsländern Osteuropas im Bankensektor völlig vorherrschend – in manchen Ländern, wie Estland, Litauen und der Slowakei, mit Anteilen von fast 100%.<sup>4</sup> Über die Export- und Finanzkanäle lief die Krisenausbreitung von West- nach Osteuropa.

Doch war die Krisenanfälligkeit bereits in den Wachstumsmodellen Osteuropas angelegt.

In den Visegrád-Ländern (Polen, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn) sowie Slowenien war das Wachstumsmodell stark durch den industriellen Export geprägt. In der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn waren die Exportindustrien fast vollständig in der Hand ausländischer Unternehmen.<sup>5</sup> In Polen war diese Tendenz etwas schwächer ausgeprägt. Am bedeutendsten war die Rolle nationaler Unternehmen in Slowenien, wo bereits zu Zeiten des Staatssozialismus mittlere Unternehmen mit starker Orientierung auf den Westexport bedeutsam gewesen waren.<sup>6</sup> Die Exportindustrien der Region waren und sind eng mit Westeuropa, speziell der deutschen Exportindustrie, verflochten. In den kleineren Ländern ist das Spezialisierungsprofil recht eng. Das gilt im Besonderen für die Slowakei, in welcher der Autoexport im letzten Vorkrisenjahr 2007 etwa 40% des Gesamtexports ausmachte.<sup>7</sup>

Das Wachstum war aber auch kreditgetrieben.<sup>8</sup> Die Privatverschuldung ist in den letzten Jahren signifikant gewachsen.<sup>9</sup> Angesichts eines generell niedrigen Lohnniveaus werden Konsumwünsche auf Kredit erfüllt. Die Kredite bliesen zum Teil eine Immobilienblase in den großen Zentren wie Warschau, Bratislava oder Prag auf. Besonders stark war die Herausbildung einer Immobilienblase in den Vorkrisenjahren in Slowenien.<sup>10</sup> Hier wuchsen in diesen Jahren auch die Kredite deutlicher rascher als die Depositen – und damit auch der Refinanzierungsbedarf und die potenzielle Fragilität der Banken.<sup>11</sup> In der Tschechischen Republik und der Slowakei erfolgte die Verschuldung fast ausschließlich in einheimischer Währung. In Polen spielten Kredite in Fremdwährung, vor allem bei Hypothekarkrediten, schon eine größere Rolle.<sup>12</sup> Hier suchte allerdings die Polnische Zentralbank zu bremsen. Allerdings wuchsen die Fremdwährungskredite im Jahr 2008 bis zum Monat September sehr rasant.<sup>13</sup> Ein Fortdauern dieser Tendenz hätte auch das polnische Kreditsystem in massive Probleme bringen können. Das labilste Bankensystem wies unter diesen Ländern aber Ungarn auf. Hier erreichte die Privatverschuldung besonders hohe Werte und erfolgte zu etwa 60%<sup>14</sup> in Devisen. Die Banken wälzten so das Wechselkursrisiko auf die SchuldnerInnen ab. Für die KreditnehmerInnen schienen die Devisenkredite wegen der deutlich niedrigeren Zinsen attraktiv. Im Fall einer Abwertung drohte ihnen allerdings eine Zahlungsklemme. Dieses Risiko wurde von Banken und KreditnehmerInnen, aber auch von den relevanten staatlichen Stellen, verdrängt. „(N)ichts geschah, um den Umfang an Devisenkrediten zu vermindern, obwohl auf exzessive Währungssubstitution als Quelle finanzieller Instabilität von Seiten internationaler Experten verschiedentlich hingewiesen worden war“, resümiert Andor (2009, S. 288).

In den unmittelbaren Vorkrisenjahren zeigten die Währungen der Vise-

grád-Länder eine – teils deutliche – Aufwertungstendenz. Systematische Maßnahmen zum Bremsen dieser Tendenz wurden nicht ergriffen, allein Slowenien stellte sich in den 1990er-Jahren durch eine milde Form von Kapitalverkehrskontrollen einer Währungsaufwertung entgegen, um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu wahren und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz zu vermeiden. Öffentliche Diskussionen über die Wechselkursentwicklung gab es – außer vielleicht gelegentlichen Ansätzen in Polen – kaum. Die Aufwertung lag im Interesse westeuropäischen Kapitals, vor allem im Dienstleistungsbereich, da dies auch eine Aufwertung ihrer Kapitalanlagen in der Region bedeutete. Für die transnationalen Konzerne mit ihrer relativ hohen Arbeitsproduktivität stellte die Aufwertung auch kein Problem dar. Anders stellte sich die Entwicklung hingegen für einzelne Branchen und kleinere Betriebe, die unter externem Wettbewerbsdruck standen, dar. Ihre Interessen blieben jedoch politisch eher untergeordnet. In das politische Kalkül ging auch die inflationssenkende Wirkung der Aufwertung ein. Dies wird in den Begründungen zur Aufwertung des offiziellen Konversionskurses der Slowakischen Krone kurz vor Euro-Einführung sehr deutlich.<sup>15</sup> In Ungarn wurde der Kurs des Forint durch eine Hochzinspolitik bewusst gestützt.

Für die Entwicklung der produktiven Strukturen waren diese Wechselkursentwicklungen nicht günstig. Die ausländischen Direktinvestitionen brachten zwar deutliche Exportsteigerungen, aber die Handelsbilanz blieb – außer in der Tschechischen Republik und, in Jahren der Stagnation, in Ungarn – negativ. Die Leistungsbilanz wurde durch steigende Gewinnrepatriierung immer stärker belastet.<sup>16</sup> 2008 belief sich das Defizit der Einkommensbilanz in der Tschechischen Republik und Ungarn bereits auf ca. 8% des BIP. Außer in der Tschechischen Republik bewegte sich das Leistungsbilanzdefizit um die kritische Grenze von 5% des BIP herum.<sup>17</sup>

Mithin war das Wachstumsmodell stark abhängig von der Exportnachfrage in Westeuropa, speziell bei Automobilen. Eine Achillesferse waren auch die strukturellen Leistungsbilanzdefizite sowie die enge Korrelation zwischen Wachstum und (privater) Kreditexpansion. Spezielle Krisenverwundbarkeiten barg die hohe private Devisenverschuldung in Ungarn in sich.

Außer für Ungarn wurden in den Ökonomien der Visegrád-Staaten und Sloweniens in der aktuellen internationalen Krise vor allem die starken Einbrüche im Export schlagend. Sie erreichten gegenüber dem Vorjahr im 4. Quartal 2008 teils bereits ca. 10% und im 1. Quartal 2009 durchaus Größenordnungen von etwa 30%<sup>18</sup> und betrafen gerade auch die Automobilindustrie als einen Schlüsselsektor der regionalen Ökonomie. Die enge Anbindung an die deutsche Exportwirtschaft, die von der Krise überdurchschnittlich betroffen war, erwies sich nun als ziemlich nachteilig, wie der slowenische Präsident Danilo Türk Ende 2009 in einem Interview

mit dem serbischen Nachrichtenmagazin NIN feststellte.<sup>19</sup> Aufgrund der engen Bindungen an die deutsche Exportwirtschaft folgten die Einbrüche bei Export und Industrieproduktion in knappem Abstand dem deutschen Exportrückgang. Als besonders ungünstig erwiesen sich enge Spezialisierungen, wie jene der Slowakei. Als Vorteil stellte sich auch die Abwertung von Złoty und Tschechischer Krone für die Ökonomien Polens und der Tschechischen Republik heraus. Sie zeigten sich im Verhältnis zu den beiden Euro-Ländern Slowakei und Slowenien begünstigt.<sup>20</sup>

Im Finanzbereich wurde zunächst die privatisierten Pensionsversicherungen durch den Absturz der Börsen getroffen.<sup>21</sup> Restriktivere Refinanzierungsbedingungen und eine striktere Kreditvergabepolitik der Töchter westeuropäischer Banken wurden erst etwas später fühlbar. Hiervon waren vor allem Immobilien- und Bauwirtschaft betroffen. Überdurchschnittlich starke Wirkungen wurden in Slowenien erkennbar, wo der Immobilienboom vor der Krise besonders starke Blüten getrieben hatte.<sup>22</sup> Allerdings wuchsen die Kredite an Privathaushalte in Polen, der Slowakei und der Tschechischen Republik durchaus weiter.<sup>23</sup> Wie beispielsweise die tschechische Tageszeitung „Právo“ am 30. Jänner 2010 vermeldete, hatten sich die Bankschulden tschechischer Privathaushalte in den drei Jahren zuvor in etwa verdoppelt. Diese Art der Konsumfinanzierung war für die SchuldnerInnen durchaus kostspielig, der durchschnittliche Zinssatz belief sich im 2. Semester 2009 auf 15%.<sup>25</sup> Diese Art der Konsumfinanzierung dürfte aber auch in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Polen bald an ihre Grenzen stoßen. Im Gegensatz zu den anderen Visegrád-Ländern war die Krisendynamik in Ungarn mit seiner hohen privaten Devisenverschuldung primär durch den Finanzsektor geprägt und folgte damit einem anderen Muster.

Die Rezession war 2009 in den beiden kleinen, euroisierten Ökonomien – Slowenien (Rückgang des BIP um 7,8%) und Slowakei (-4,7%) – stärker als in der Tschechischen Republik (-4,2%). Polen wies sogar ein leichtes BIP-Wachstum von 1,7% auf.<sup>25</sup> Für den früheren Finanzminister Polens (und heutigen Zentralbankpräsidenten Polens), Marek Belka, ist die vergleichsweise günstige Entwicklung in Polen u. a. auf die relativ große Bedeutung des Binnenmarktes und vergleichsweise bedeutsame Rolle von Klein- und Mittelunternehmen im Export zurückzuführen. Polen habe eine „Rückständigkeitsrente“ eingestrichen.<sup>26</sup> Allerdings verzeichnete Polen, wie auch die anderen Länder der Region, eine steigende Arbeitslosigkeit. Dieser Anstieg war in der Slowakei mit ihrem großen West-Ost-Gefälle besonders ausgeprägt. Die Rückwanderung aus den im Niedergang betroffenen Ökonomien Großbritanniens und Irlands spielt für Länder wie Polen und die Slowakei durchaus eine Rolle. Ein Thema öffentlicher Debatte ist dies aber allein in Polen.

## 2. Aufstieg und Fall des finanzgetriebenen Wachstumsmodells

Wesentlich schärfer und tiefer ist die Krise der osteuropäischen Länder mit einem finanzgetriebenen oder finanzierten Wachstumsmodell. Diesem Modell folgten die baltischen Länder sowie die südosteuropäischen Staaten. Gemeinsam war diesen Staaten eine rigide Wechselkurspolitik bzw. eine Geldpolitik, die durch hohe Zinsen eine Aufwertung der Währung begünstigte. In mehreren Ländern – Estland, Litauen, Bosnien-Herzegowina und Bulgarien – optierten die Regierungen für die rigideste Form der Währungs- und Geldpolitik, nämlich ein *Currency Board*. Montenegro ging noch einen Schritt weiter und ersetzte den Dinar komplett durch die DM bzw. den Euro, wodurch ökonomisch die Trennung von Serbien vollzogen wurde. Auch Lettland und Kroatien zeichnen sich durch eine sehr rigide Wechselkurspolitik aus. In Serbien und Rumänien war die Wechselkurspolitik etwas flexibler. Die rumänische Hochzinspolitik begünstigte in den Jahren vor der Krise starke Kapitalzuflüsse und eine enorme nominale Aufwertung.<sup>27</sup>

Die Geld- und Währungspolitik stimulierte erhebliche Kapitalzuflüsse. Diese gingen jedoch nicht in die produktiven Sektoren, sondern trieben die Expansion von Banken, Immobilien- und Bausektor an. Das Wirtschaftswachstum war stark durch die zunehmende private Verschuldung angetrieben.<sup>28</sup> Oftmals verdoppelte sich das Verhältnis inländischer Kredite an den Privatsektor/BIP zwischen 2003 und 2006: von 26,7% auf 47,7% in Bulgarien, von 31,4% auf 78,4% in Bulgarien, von 34,2% auf 77,9% in Lettland, von 20,2% auf 47,7% in Litauen und von 13,7% auf 26,3% in Rumänien.<sup>29</sup> Im letzten Jahr vor der Krise – 2007 – wuchsen die Kredite an den Privatsektor in den baltischen Ländern nochmal zwischen 30% (Lettland) und 40% (Estland) an.<sup>30</sup> Aber auch die südosteuropäischen Länder außerhalb der EU verzeichneten ein rasches Kreditwachstum, besonders stark stieg die Haushaltsverschuldung in Kroatien an.<sup>31</sup> Auch Serbien war keine Ausnahme von diesem Muster. „Inländische Kredite an den Privatsektor haben sich innerhalb von fünf Jahren fast verdoppelt, sie stiegen von 21% des BIP im Jahr 2003 auf 39,7% des BIP im Jahr 2008. Besonders ausgeprägt war das Wachstum des inländischen Kredits im Fall der Haushalte – von nur 2,6% des BIP im Jahr 2003 gingen sie auf 13,9% des BIP im Jahr 2008 hoch – wovon Hypothekarkredite 5,7% des BIP repräsentierten.“<sup>32</sup> Vielfach lagen die Kreditvergaben der Banken deutlich höher als die Depositen. Besonders ausgeprägt war das Missverhältnis zwischen beiden in den baltischen Ländern<sup>33</sup>, wo die schwedischen Banken sehr aktiv sind. Ein derartiges Muster der Kreditvergabe impliziert einen hohen Refinanzierungsbedarf und trägt somit zur finanziellen Fragilität bei.

Das Kreditwachstum fachte seinerseits Immobilienblasen an. Auch

hier stellten die baltischen Länder die Extremfälle dar. In der estnischen Hauptstadt Tallinn war im 1. Quartal 2006 ein jährliches Wachstum der Immobilienpreise um 82,0% zu verzeichnen.<sup>34</sup>

Ein Kennzeichen dieses Wachstumsmodells war, dass die private Verschuldung hochgradig in Fremdwährung erfolgte: im Regelfall zu mehr als 50%, in Lettland und Estland sogar zu mehr als 80%.<sup>35</sup> Die im ausländischen Eigentum stehenden Banken wälzten so das Wechselkursrisiko auf die SchuldnerInnen ab. Für die KreditnehmerInnen schienen die Fremdwährungskredite attraktiv, da die Zinsen verhältnismäßig niedrig waren. Das enorme Wechselkursrisiko ignorierten sie. Über die Fremdwährungsverschuldung war die Mittelschicht dieser Länder engstens mit der überbewerteten Währung, die den Kern des Wachstumsmodells bildete, verbunden.

Die überbewertete Währung hatte für die produktiven Sektoren, speziell für die industrielle Entwicklung, negative Konsequenzen. Auch hier sind die baltischen Länder, speziell Lettland und Estland, die Extremfälle. In Lettland trug die verarbeitende Industrie 2008 nicht einmal 10% zum BIP bei, in Estland etwa 15%.<sup>36</sup> Damit fehlte dem Wachstum in diesen beiden Ökonomien weitgehend eine industrielle Basis. In Bulgarien sah es nicht viel besser aus. Die Nachkriegserholung der Industrie war selbst in den beiden größten Nachfolgestaaten Jugoslawiens – Kroatien und Serbien – schwach. In Kroatien erreichte die Industrieproduktion 2007 90% des Niveaus von 1990,<sup>37</sup> in Serbien, wo die Kriegssituation länger andauerte und der Aufschwung deutlich später einsetzte, 2008 sogar nur 51% des Niveaus von 1990.<sup>38</sup>

Angesichts der schwachen Entwicklung der produktiven Sektoren ist auch nicht überraschend, dass die negative Handelsbilanz der zentrale Faktor für die enormen Leistungsbilanzdefizite war. Diese lagen in den Vorkrisenjahren deutlich über der als kritisch geltenden Grenze von 5% des BIP. Bis 2007 wiesen die baltischen Länder besonders hohe Leistungsbilanzdefizite auf, Lettland sogar mehr als 20% des BIP.<sup>39</sup> Die Rezession setzte hier bereits 2008 ein, was einen Rückgang des Leistungsbilanzdefizits im Jahr 2008 auslöste. In anderen Ländern mit diesem Wachstumsmodell blieben die Leistungsbilanzdefizite auch 2008 noch extrem. Montenegro erreichte in diesem Jahr ein Leistungsbilanzdefizit von 32,6%, Bulgarien von 24,0% des BIP. An dritter Stelle kam Serbien mit 18,2% des BIP.<sup>40</sup> Die Defizite wurden durch hohe Kapitalimporte – Direktinvestitionen und rapide steigende Auslandsverschuldung – finanziert. Das relative Niveau ist meist höher als in den Visegrád-Staaten (mit Ausnahme Ungarns). In Bulgarien, Estland und Lettland lag die Auslandschuld 2008 höher als das BIP. In Kroatien erreichte sie 83,6% des BIP, in Serbien 70,0%.<sup>41</sup> Derartige außenwirtschaftliche Ungleichgewichte können auf Dauer nicht durchgehalten werden. In der wirtschaftspolitischen



Diskussion war dies jedoch kein Thema – mit Ausnahme Serbiens, wo beispielsweise Kovačević (2009, S. 265, 271) auf Parallelen zur Entwicklung Russlands vor der Krise 1998 hinwies.

Im finanzialisierten Wachstumsmodell war eine extreme Krisenverwundbarkeit angelegt, und die osteuropäischen Länder mit diesem Modell wurden von der Krise auch besonders hart betroffen. Der Hauptkanal der Krisenausbreitung war in den Ländern des finanzgetriebenen Wachstumsmodells (einschließlich Ungarns) der Kreditkanal. Mit dem Stocken des Finanzzuflusses wurden unmittelbar Hauptmotoren des Wachstums – Banken-, Immobilien- und Bauwirtschaft – getroffen.<sup>42</sup> In den südosteuropäischen Ländern, wo die Erinnerung an finanzielle Instabilität bzw. massive Finanzkrisen in den 1980er- bzw. 1990er-Jahren noch sehr lebendig ist, führte die internationale Finanzkrise zu einer erheblichen Verunsicherung der AnlegerInnen. Sie zogen ihre Depositen im Herbst 2008 in nennenswertem Umfang ab. Während in Bulgarien, Rumänien und Makedonien eine rasche Wiederanlage des Geldes zu verzeichnen war, dauerte dieser Prozess in Kroatien und Serbien – trotz vertrauensbildender Maßnahmen der Regierungen – länger. Hier wurde das Vorkrisenniveau der Ersparnisse nicht vor Ende 2009 wieder erreicht. In Albanien und Bosnien-Herzegowina lagen die Ersparnisse im Jänner 2010 immer noch unter den Werten der Vorkrisenzeit.<sup>43</sup>

Mit der Verknappung des internationalen Kreditzugangs und Phasen von Kapitalabflüssen wurden die hohen Leistungsbilanzdefizite und der hohe externe Finanzierungsbedarf schlagend. Die Währungen gerieten unter Druck. Wo eine gewisse Wechselkursflexibilität gegeben war, wie in Rumänien sowie Serbien (und Ungarn), verloren die Währungen gegenüber Euro und Schweizer Franken (auf diesen lauteten viele Hypothekarkredite) – zumindest vorübergehend – an Wert.<sup>44</sup> Bei den Ländern mit *Currency Boards* oder sehr rigidem Wechselkursregime kamen Zweifel an der Haltbarkeit der Wechselkurse auf. Angesichts der hohen inneren Devisenverschuldung und der Interessenlage der ausländischen Banken suchten die Regierungen den Wechselkurs um fast jeden Preis zu halten. Damit traten zu restriktiver Kreditvergabe äußerst restriktive Fiskal- und Lohnpolitiken. Diese verschärfte die rezessiven Tendenzen weiter. Rückläufige (in den baltischen Ländern kollabierende) Binnennachfrage und Einbrüche bei den Exporten komplementierten einander.

Die baltischen Länder waren als erste teils bereits Anfang 2008 betroffen. In Lettland ging das BIP in jenem Jahr bereits um 4,5% und in Estland um 3,6% zurück. 2009 erreichte der BIP-Rückgang in den baltischen Ländern globale Spitzenwerte – Lettland 18,0%, Litauen 15,0% und Estland 14,1%.<sup>45</sup> Damit stand das BIP in Lettland 2009 gerade einmal auf 100,4% des Niveaus von 1990, in Litauen bei 108,5%. Allein Estland präsentierte sich mit 137,4% besser. Im ersten Halbjahr 2010 zeichnete sich besten-

falls eine Stagnation des BIP auf niedrigem Niveau ab.<sup>46</sup> In den baltischen Ländern sind zwei verlorene Entwicklungsdekaden zu konstatieren. Sie weisen keine tragfähigen produktiven Modelle auf, die Wirtschaftsleistung erreicht in Lettland und Litauen mit Mühe das Niveau des ersten, bereits schwer krisenhaften Transformationsjahres. Die soziale Polarisierung ist weit vorangeschritten, die Arbeitslosigkeit hat sich in der Krise mehr als verdoppelt. Sie erreichte in Lettland im 1. Quartal 2010 20,1%, in Estland im 2. Quartal 2010 18,6% und in Litauen im 1. Quartal 2010 17,3%. Noch dramatischer stellt sich die Jugendarbeitslosigkeit dar: in Lettland 39,5% im 1. Quartal 2010, in Estland 37,2% im 2. Quartal 2010.<sup>47</sup> Viele Arbeitslose haben keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Die soziale Lage ist katastrophal.

In Südosteuropa setzte der Einbruch später als in den baltischen Ländern ein und war bislang nicht so scharf, obwohl in der Tendenz stärker als in den Visegrád-Ländern Polen, Slowakei und Tschechische Republik. In Bulgarien ging das BIP 2009 um 5,0%, in Rumänien um 7,1% und in Ungarn um 6,3% zurück. Die BIP-Entwicklung in den ex-jugoslawischen Staaten stellte sich 2009 tendenziell günstiger dar als in diesen drei EU-Ländern. In Kroatien sank das BIP um 5,8%, in Montenegro um 5,3%, in Bosnien-Herzegowina und in Serbien um 3% sowie in Mazedonien um 0,7%. Albaniens BIP verzeichnete sogar ein Plus von 4,2%.<sup>48</sup> Damit stellt sich die BIP-Entwicklung in jenen Ländern mit finanzgetriebenem Wachstumsmodell, die nicht ganz so extreme Verschuldungsdaten aufwiesen bzw. sich noch Reste von währungspolitischen Spielräumen bewahrten, günstiger dar als bei jenen mit ausgeprägter Privatverschuldung und rigider Wechselkurspolitik. So dürften sich für Serbien das verspätete Einsetzen der kreditgetriebenen Wachstumsdynamik und die eher vorsichtige Zentralbankpolitik der letzten Jahre in der Krise eher als Vorteil erweisen.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nicht so extrem wie in den baltischen Ländern, wenngleich Anstiege um 2 bis 3 Prozentpunkte im Regelfall festzustellen sind. Allerdings ist das Ausgangsniveau in den Ländern Ex-Jugoslawiens teils sehr hoch: in Mazedonien um die 33% (hier fiel sie allerdings 2009), in Bosnien-Herzegowina 23,4% und in Serbien immer noch beachtlich 13,6%.<sup>49</sup> Zudem ist zu beachten, dass in Südosteuropa die Grenze zwischen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung fließend ist. Der Rückzug in eine auf Selbstversorgung zielende Landwirtschaft war bereits in den 1990er-Jahren in Rumänien oder auch Serbien eine Option, um die Krise zu überstehen.

Mithin ist die Krise in den Ländern mit dem finanzgetriebenen Wachstumsmodell ökonomisch wie sozial schärfer ausgeprägt als in jenen mit dem exportgetriebenen Modell. In Ersteren ist faktisch ein Zusammenbruch des Modells zu konstatieren, was in den baltischen Ländern bereits offen, in den anderen Ländern etwas milder zutage tritt. In ihnen



hat die Transformationspolitik kein tragfähiges produktives Modell hervorgebracht. Auch Ökonomen der EZB (2010, S. 104 f.) und des IWF<sup>50</sup> gestehen retrospektiv die besondere Krisenanfälligkeit des finanzgetriebenen Wachstumsmodells ein und raten mehr oder weniger deutlich von dessen Fortsetzung ab. Das primär exportgetriebene Modell ist ebenfalls an erkennbare Grenzen gestoßen. Von der westeuropäischen Wirtschaft dürften angesichts der sich in der EU verallgemeinernden prozyklischen Politik und der teils beträchtlichen Überkapazitäten auf absehbare Zeit keine starken Impulse ausgehen. Die beträchtliche Abhängigkeit der Binnennachfrage von der Expansion der privaten Kredite (statt von ausreichenden laufenden Einkommen), die auf finanzgetriebene Elemente auch dieses Wachstumsmodells verweist, ist als Achillesferse des Modells zu werten.

### 3. Wirtschaftspolitische Reaktionen auf die Krise

Die Reaktionen auf die Verschärfung der internationalen Wirtschaftskrise im Herbst 2008 erfolgten zunächst auf der nationalstaatlichen und erst dann auf der EU-Ebene. Der wegweisende Beschluss zur Stabilisierung der Banken wurde im Oktober 2008 zunächst in der Euro-Gruppe gefasst und damit weitgehend ohne Beteiligung der osteuropäischen Länder. Den Spezifika der Krise in einem Großteil der osteuropäischen Länder trug dieser Beschluss nicht Rechnung, da er auf die Problematik hoher Devisenverschuldung bei Inlandskrediten nicht einging.<sup>51</sup> In einer solchen Konstellation können die Zentralbanken das nationale Bankensystem nicht wirksam als *Lender of Last Resort* stützen, denn hierfür wären Finanzspritzen in Fremdwährung erforderlich. Der nationalstaatliche Handlungsspielraum ist damit deutlich eingeschränkt.

Erst mit mehrwöchiger Verzögerung wurde der Topf für Stützungskredite für EU-Mitgliedsländer außerhalb der Euro-Zone aufgestockt – zunächst von 12 auf 25 Mrd. Euro im November 2008, dann auf 50 Mrd. Euro im März 2009. Gleichzeitig verschärfte die EU die Konditionalität für die Inanspruchnahme dieses Fonds.<sup>52</sup> Später folgten weitere Aufstockungen. Für die relativ späte Reaktion der EU auf die Sondersituation in Osteuropa, speziell in den Länder mit dem finanzgetriebenen Wachstumsmodell, dürften verschiedene Gründe eine Rolle gespielt haben: Generell zeigte sich die deutsche Bundesregierung gegenüber fiskalpolitischen Initiativen und lange auch bei grenzüberschreitenden Stützungsmaßnahmen für Banken zurückhaltend bis ablehnend.<sup>53</sup> Selbst als das Euro-Land Griechenland mit massiven Problemen bei der Kreditaufnahme konfrontiert war, dauerte es noch Wochen, bis sich die deutsche Bundesregierung zu Stützungsmaßnahmen durchrang. Hierbei waren deutsche Banken sowohl in Griechenland als auch in anderen potenziell gefährdeten Ländern in Südeuropa

stark engagiert. Für die Banken in großen westeuropäischen Ländern war das Engagement in Osteuropa eher gering. Relativ stark engagiert waren vor allem Banken aus kleinen Mitgliedsländern – vor allem Österreich, in geringerem Maße auch Schweden, Belgien und Griechenland. Herausragende Bedeutung hatten und haben Direktinvestitionen und Kreditengagement hierbei alleine für die österreichischen Banken, wenngleich die schwedischen Banken durch ihre extrem riskante Geschäftsgebarung in besonders schwer krisenbetroffenen Ländern (baltische Länder, Ukraine) sehr empfindlich von der Krise betroffen sind.<sup>54</sup> Von daher ist es nicht überraschend, dass die österreichische Regierung mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise in Osteuropa auf ein verstärktes EU-Engagement drängte. Die Position osteuropäischer Länder hierzu war gespalten. Den Regierungen und den Banken Polens und der Tschechischen Republik ging es primär darum, mit den am schwersten von der Krise betroffenen Ländern nicht in einen Topf geworfen zu werden. Auf die Region bezogenen Initiativen standen sie daher eher skeptisch gegenüber.

Sowohl die Krise der osteuropäischen als auch der südeuropäischen Länder legte die enormen Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite als ein zentrales Moment der Krise offen. Die enormen Leistungsbilanzdefizite waren ein zentraler Motor der hohen Auslandsverschuldung, den Budgetdefiziten kam hingegen im Regelfall eine untergeordnete Bedeutung zu.<sup>55</sup> Die Regierungen der Überschussländer – wie Deutschland, aber auch die Niederlande, Finnland und, gegenüber Osteuropa, Österreich – sind in der EU nicht zu einer Politik bereit, welche ihre Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse, die ihre Wurzel nicht zuletzt in einer sehr restriktiven Lohnpolitik sowie im deutschen Fall im systematischen Abbau von Sozialleistungen (Hartz IV) haben, reduzieren würde. Eine überdurchschnittlich expansive Lohn- und Fiskalpolitik dieser Überschussländer würde den Druck auf die ost- und südeuropäischen Länder reduzieren. Stattdessen zeichnet sich ein verschärfter lohn-, sozial- und fiskalpolitischer Unterbietungswettbewerb in der EU ab. Vor diesem Hintergrund sind die osteuropäischen Wirtschaftspolitiken angesichts der Krise zu analysieren.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionen unterschieden sich zwischen den osteuropäischen Ländern mit exportorientiertem und jenen mit finanzgetriebenem Modell zunächst deutlich. In der ersten Ländergruppe ging es primär um die Stabilisierung des produktiven Sektors, nicht der relativ stabilen Banken, in den Ländern mit dem finanzgetriebenen Modell standen hingegen die Stabilisierung der Wechselkurse und des Finanzsektors völlig im Vordergrund.

In den Visegrád-Ländern – außer dem im Krisenmuster dem finanzgetriebenen Modell zuzurechnenden Ungarn – wurde zunächst zumindest keine offensiv prozyklische Wirtschaftspolitik betrieben, in der Tschechischen Republik und der Slowakei setzten die Regierungen sogar einzelne

antizyklische fiskalpolitische Maßnahmen (z. B. bei der Wärmedämmung, Verschrottungsprämie in der Slowakei, auf Druck der Sozialdemokratie Veränderungen beim Arbeitslosengeld in der Tschechischen Republik). Auch Initiativen bei der Kurzarbeit waren zu verzeichnen.<sup>56</sup> In der Frage der Euro-Einführung setzte sich – angesichts der positiven Auswirkungen der Abwertung und der Turbulenzen in der Euro-Zone – in Polen und der Tschechischen Republik eine stärker abwartende Haltung durch. So hält der Vorsitzende der polnischen Zentralbank, Marek Belka (2010, S. 13), angesichts der starken Währungsinstabilität auch den Eintritt in den ERM 2-Mechanismus als letzter Vorstufe der Euro-Übernahme für nicht angezeigt.

Ab etwa Mitte 2010 setzte sich in der Tschechischen Republik und der Slowakei eine stärker prozyklische fiskalpolitische Orientierung durch, in stärker abgeschwächter Form auch in Polen. Dies war weniger der makroökonomischen Lage und dem Stimmungsumschwung in der EU von einer leicht antizyklischen zu einer stark prozyklischen Orientierung seitens der zentralen EU-Länder als speziell der veränderten politischen Konstellation geschuldet. In beiden Ländern setzten sich Koalitionen extrem neoliberaler und liberal-konservativer Parteien durch. Kampagnenartig agierende Massenmedien wie Rechtsparteien schürten im Wahlkampf die Angst vor einem angeblich drohenden Staatsbankrott, obwohl die Staatsverschuldung in beiden Ländern 2008 bei weniger als 30% des BIP gelegen hatte.<sup>57</sup> Die Vorschläge der tschechischen Sozialdemokratie zu einnahmeseitigen Konsolidierungsmaßnahmen – wie der Wiedereinführung einer progressiven Einkommensbesteuerung – fanden abgesehen von der Tageszeitung „Právo“ mit ihrer linksliberalen Orientierung in den ansonsten stramm rechten tschechischen Printmedien kein Echo. Die Vorschläge von „Smer“ in der Slowakei waren weniger progressiv und konkret, fanden aber auch keine mediale Resonanz. In der Slowakei wurde zudem das Stützungspaket für das Euro-Land Griechenland und der Schaffung eines Stützungsrahmens für Euro-Länder in der Krise zu einem zentralen Wahlkampfthema. Die Rechtsparteien wandten sich teils heftig gegen eine Beteiligung des Euro-Landes Slowakei hieran. Für den liberalen slowakischen Publizisten Martin Šimečka (2010: 15) hat dies möglicherweise sogar den Ausschlag für den Wahlsieg der Rechtsparteien gegeben. Die neuen Koalitionen sind allerdings fragil, da sie sowohl ultra-liberale als auch eher konservative Parteien umfassen und neue, wenig gefestigte Gruppierungen – „Sloboda a Solidarita“ als ultra-liberale Gruppierung in der Slowakei und die aus einer Sicherheitsagentur hervorgegangene, von einem bekannten Journalisten geführte „Veči veřejné“ mit ihren *Law and Order*-Themen in der Tschechischen Republik – bereits in der Anfangsphase für Turbulenzen in den Koalitionen sorgten.

Die Fiskalpolitik beider Rechtsregierungen ist sehr restriktiv angelegt. In

der Tschechischen Republik sind die Maßnahmen vor allem ausgabenseitig angelegt: starke Ausgabenkürzungen, speziell auch bei der Infrastruktur, Gehaltskürzungen und massiver Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Kürzungen bei den Sozialleistungen.<sup>58</sup> Auf der Einnahmenseite sind die Entscheidungen noch nicht gefallen, eine Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Massengüter ist in Diskussion. In der Slowakei, wo sich die fiskalpolitische Entscheidungsfindung durch ein hohes Maß an Improvisation und Streitereien in der Koalition auszeichnete, hat die Einnahmenseite laut den bisherigen Konzeptionen ein höheres Gewicht – allerdings in der sozial regressiven Variante der - wie es hieß – „zeitweiligen“ Erhöhung der Mehrwertsteuer von 19% auf 20% sowie der Erhöhung spezieller Verbrauchssteuern auf Tabak und Alkohol.<sup>59</sup> Die Einsparungen dürften vor allem den öffentlichen Dienst und Sozialleistungen betreffen. Hier sind allerdings die Details noch nicht ausgehandelt, Gehaltskürzungen sind jedoch angekündigt.<sup>60</sup> Die Entscheidungsprozesse werden auch von regierungsnahen JournalistInnen<sup>61</sup> als „chaotisch“ charakterisiert. In beiden Ländern ist ein drastischer Abbau von Arbeitnehmerrechten angekündigt. Obwohl die aktuelle Krise die enorme Verwundbarkeit und Instabilität der kapitalgedeckten Pensionsversicherung offengelegt hat, sind in der Tschechischen Republik Schritte in diese Richtung angekündigt, deren Details noch offen sind. Zentraler Ministerberater ist der ehemalige Chef eines Pensionsfonds.<sup>62</sup> Mithin ist die Sparpolitik sozial regressiv angelegt und wird das neoliberale Modell vertieft. Die Konkurrenzfähigkeit soll durch Abbau von Sozial- und Lohnstandards erreicht werden. Die absehbare und für die Tschechische Republik auch bereits prognostizierte Folge der restriktiven Politik ist die Verlangsamung des Wachstums. In der Tschechischen Republik ist die Sparpolitik der Regierung auf deutliche gewerkschaftliche Proteste – unter anderem gab es im September 2010 eine gewerkschaftliche Kundgebung mit ca. 40.000 TeilnehmerInnen in Prag – gestoßen. Die Proteste scheinen in der Tschechischen Republik zumindest eine gewisse Wirkung zu zeigen, wie selbst das liberale Wochenmagazin „Respekt“ einräumt.<sup>63</sup>

Eine zweite Gemeinsamkeit zwischen beiden Ländern ist die Orientierung auf einen nationalliberalen statt auf einen euroliberalen Kurs. Dies wird in der Frage von Stützungsprogrammen auf Ebene der Euro-Zone bzw. der EU deutlich. Zwar stimmte die slowakische Rechtsregierung einem Stützungsrahmen für Euro-Länder zu, in einer parlamentarischen Abstimmung lehnten aber die Abgeordneten der Rechtsparteien – mit Ausnahme der Christdemokraten – eine Beteiligung am Stützungskredit für Griechenland entgegen den Zusagen der vorherigen „Smer“-geführten Regierung ab. In dieser Frage gerät die Rechtsregierung in Bratislava jetzt unter erheblichen Druck anderer EU-Länder.<sup>64</sup> Ähnlich, wenngleich nicht ganz homogen ist die Positionierung der neuen tschechischen Re-

gierung. Hier sind, wie die liberale Zeitschrift „Respekt“ titelt, die „Euro-skeptiker im Aufstieg“. <sup>65</sup> Dies drückt sich unter anderem in der Ablehnung einer tschechischen Beteiligung an einem Europäischen Garantiefonds aus. „Ich wüsste keinen, auch keinen strategischen Grund, aus dem sich die Tschechische Republik dem anschließen sollte“, kommentierte der Finanzminister Miroslav Kalousek gegenüber „Respekt“. <sup>66</sup>

Die polnische Regierung ist in diesen Fragen zurückhaltender. In der Bewertung von Auslandsinvestitionen sind aber auch in Polen skeptischere Töne zu hören. So erklärte der frühere Premierminister und jetzige Vorsitzende des Wirtschaftsrates beim Premierminister, Jan Krzysztof Bielecki, jüngst in einem Interview mit der Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, dass die Zeit der Glorifizierung von allem, was von außen käme, vorbei sei und bei den Unternehmen „nationale Champions“ gefördert werden sollten, ggf. auch mit staatlicher Kapitalbeteiligung. <sup>67</sup> In der Anlage der Fiskalpolitik sind deutliche Ähnlichkeiten zwischen Polen und der Slowakei erkennbar: Erhöhung der Mehrwertsteuer von 22% auf 23% sowie der Tabaksteuer. Die Löhne im öffentlichen Dienst sollen – mit Ausnahme der LehrerInnen – eingefroren werden. <sup>68</sup>

Mithin ist in den drei Visegrád-Ländern Polen, Slowakei und Tschechische Republik nach einer ersten zumindest nicht aggressiv prozyklischen Phase eine Zuwendung zu einer zunehmend restriktiven und sozial regressiven Budgetpolitik festzustellen, die in der Slowakei und der Tschechischen Republik durch den Wechsel zu prononciert rechten Regierungen noch deutlicher als in Polen ausfällt. Die Lohnpolitik ist restriktiv ausgelegt. Das Heil wird im Export gesucht, obgleich die Exportperspektiven als sehr gedämpft anzusehen sind. Die Binnennachfrage wird abgewürgt. Auch Tendenzen hin zu einer deutlicher nationalliberalen Orientierung, spiegelbildlich zur Entwicklung in wichtigen westeuropäischen Ländern, sind unverkennbar, besonders in der Slowakei und der Tschechischen Republik.

Die osteuropäischen Länder mit primär finanzgetriebenem Wachstumsregime sahen sich mit wesentlich härteren wirtschaftspolitischen Dilemmata konfrontiert als die Visegrád-Länder (außer Ungarn) und Slowenien. Die starke Überbewertung ihrer Währung war eine zentrale Ursache der extremen Leistungsbilanzdefizite. Von daher wäre eine Währungsabwertung angezeigt. Dieser stand und steht allerdings die hohe Fremdwährungsverschuldung entgegen. Eine substanzielle Abwertung würde zu starken Problemen bei SchuldnerInnen und Banken führen. Statt einer Abwertung wird eine offen deflationär ausgerichtete Politik mit starkem Druck auf die Löhne verfolgt. Ohne Abwertung droht allerdings nach der scharfen Rezession anhaltende Stagnation, da die Ökonomien dem derzeitigen Wechselkurs nicht gewachsen sind und eine Wachstumsbeschleunigung sofort wieder steigende Außenhandelsdefizite produzieren würde. Außerdem ist bei Ländern mit besonders ausgeprägter Verschul-

dung unklar, wie sie mit ihrer schwachen produktiven Basis auf Dauer den Schuldendienst aufbringen können.

Die Banken in den westeuropäischen Ländern haben eine eindeutige Präferenz für das Festhalten an den bestehenden Paritäten. Eine Abwertung würde auch eine Abwertung ihrer Aktiva in dem entsprechenden Land sowie absehbare Probleme bei einem Großteil der SchuldnerInnen von Fremdwährungskrediten bedeuten. Diese Sichtweise ist auch handlungsleitend für die Europäische Kommission sowie die Regierungen von Ländern mit starkem Bankenengagement, besonders exponiert durch Schweden, vertreten. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat eine derartige Politik in seine Stabilisierungsabkommen übernommen, allerdings lassen Stellungnahmen von IWF-Ökonomen Kritik an der Politik fixer und überbewerteter Wechselkurse erkennen. So halten Berkman et al. (2010: 31) fest: „Wechselkursflexibilität ist für die Abfederung der Wirkung starker Schocks zentral.“ Mithin scheint die Orientierung der Europäischen Kommission, die in die Verhandlungen über Stützungskredite für verschiedene osteuropäische Länder eingebunden war, für die strikte Orientierung an Wechselkursstabilität ausschlaggebend. Die von der EZB (2010: 105) gewünschte Stärkung des produktiven Sektors und des Abbaus von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten dürfte bei den obwaltenden Wechselkursen illusorisch sein. Diese Frage spart die EZB in ihrem Bericht zur Krise in Osteuropa sorgsam aus und kapriziert sich stattdessen auf die Frage des Budgetdefizites. Auch hier ist festzuhalten, dass der Motor der Blasenbildung im Regelfall nicht die Ausweitung des Budgetdefizites, sondern hohe Kapitalzuflüsse und rasant ansteigende Privatverschuldung waren.

Die Regierungen der betroffenen osteuropäischen Länder sind ebenfalls auf Wechselkursstabilität orientiert, da sie die unmittelbaren Wirkungen auf Banken und private SchuldnerInnen fürchten. Diese grundlegende Positionierung erfreut sich eines breiten gesellschaftlichen Konsenses, vor allem der Unterstützung seitens der hoch verschuldeten Mittelschicht. Kritik und gelegentlicher sozialer Protest richtet sich gegen die negativen Folgen dieser Politik für Wachstum und soziale Lage.

Die Grundmuster einer stark prozyklischen, auf Wechselkursstabilität gerichteten Politik sind sowohl bei Ländern mit Abkommen mit dem IWF – Ungarn, Lettland, Rumänien sowie außerhalb der EU Serbien und Bosnien-Herzegowina – als auch bei den anderen Ländern mit einem finanzgetriebenen Wachstumsmodell in den Vorkrisenjahren zu erkennen. Ungarn war im Oktober 2008 das erste osteuropäische Land, das in eine schwere Finanzklemme kam. Es war aufgrund der hohen Auslands- und Staatschuld, der hohen Budgetdefizite der Vorjahre sowie der unzureichenden Vorbereitung der Geldpolitik (z. B. geringe Devisenreserven) erkennbar verwundbar. Es litt rasch unter Kapitalabflüssen und „wurde zum ersten



Ziel von spekulativen Attacken in der Region“.<sup>69</sup> Die Krise Ungarns hatte Signalwert für die ganze Region. Die Verunsicherung betraf auch andere Länder der Region – auch solche mit deutlich besseren Wirtschaftsindikatoren. Osteuropäische Währungen gerieten unter Druck. In Ländern, in denen es zu massivem Abzug von Depositen kam, suchten die Regierungen die SparerInnen rückzuversichern. Beispielsweise erhöhte die serbische Regierung die Garantie für Spareinlagen Ende 2008.<sup>70</sup>

Modellcharakter hatte aber auch die Reaktion auf die Krise in Ungarn. Die EU setzte nicht darauf, die Krise in Ungarn allein mit den eigenen Kräften zu bewältigen. Stattdessen nahm der IWF, in enger Abstimmung mit der EU, eine Schlüsselrolle bei der Aushandlung des Stützungskredites ein und stellte auch mit 12,5 Mrd. Euro einen weit größeren Teil des Finanzrahmens als die EU mit ihrer Zahlungsbilanzstützung von 6,5 Mrd. Euro.<sup>71</sup> Auch bei den anderen beiden EU-Ländern Lettland und Rumänien ist ein gemeinsames Vorgehen von IWF und EU gegeben. Im Fall Lettlands haben sich auch EU-Länder – vor allem die nordischen Länder, deren Banken im Baltikum sehr stark engagiert sind, aber auch Polen, Estland und die Tschechische Republik – bilateral an dem Stützungspaket beteiligt. Die Hauptlast des Kredites lag hier bei der EU.<sup>72</sup> Die schwedische Regierung zeigte sich später bei Verhandlungen mit Lettland sehr aktiv und vertrat eine besonders harte Linie im Interesse der schwedischen Banken.

Die eng mit der EU abgestimmten IWF-Programme sind in ihrer Ausrichtung sehr traditionell. Die einzige Abweichung von den üblichen Programmen ist, dass es nicht um ein *Bail-out* der Banken ging. Die Banken sollten in den osteuropäischen Ländern gehalten werden. Dies deckte sich durchaus mit der strategischen Orientierung westeuropäischer Banken. Im Vergleich zu anderen Regionen, beispielsweise Lateinamerika, sind die Dominanz ausländischer Banken und damit die Abhängigkeit von diesen in Osteuropa weit stärker ausgeprägt.<sup>73</sup> Soweit erforderlich, sahen IWF-Programme Liquiditätsspritzen für den Bankensektor vor. Zentrales Anliegen aller Programme war die Wechselkursstabilisierung, wie sie im Interesse der in der Region engagierten Banken lag. Die Fiskalpolitik war sehr restriktiv angelegt. Der Schwerpunkt der Programme lag ausgabenseitig, obgleich z. T. auch Steuern, meist die Mehrwertsteuer, erhöht wurden. Auf der Ausgabenseite wurde ein besonders starker Akzent bei einer extrem restriktiven Gehaltspolitik gegenüber den öffentlich Bediensteten, meist in der Form von erheblichen Nominallohnsenkungen, gesetzt – in Rumänien beispielsweise im laufenden Abkommen um 25%.<sup>74</sup> Auch bei Pensionen ist eine starke Tendenz zu Senkungen erkennbar, die soziale Infrastruktur wird – besonders stark in Lettland und Rumänien – abgebaut. Die Budgetpolitik hat mithin als Kernbestandteil Einkommensenkungen. Damit ist sie deflationär ausgerichtet. Über eine starke Reduktion der Bin-

nennnachfrage sollen die Handelsbilanzen verbessert werden, preisliche Konkurrenzfähigkeit soll durch Desinflation, möglichst sogar Deflation, wieder hergestellt werden.<sup>75</sup> Auf dieser Grundlage, so zumindest die ursprüngliche Intention, sollte bei einem Teil der EU-Länder ein möglichst rascher Beitritt zur Euro-Zone angestrebt werden. Im Fall Estlands, das trotz extremer Krisenbetroffenheit kein Abkommen mit dem IWF schloss, aber eine Wirtschaftspolitik gleichen Zuschnitts verfolgt, ist der Beitritt zur Euro-Zone inzwischen sogar beschlossene Sache.

Das Ziel einer Verbesserung der Leistungsbilanz wurde tatsächlich erreicht. Die baltischen Länder erzielten 2009 sogar Leistungsbilanzüberschüsse. Ihre Handelsbilanzen blieben trotz der schweren Rezession, der einbrechenden Binnennachfrage und minimalen Investitionen defizitär – in Lettland sogar in Höhe von 6,5% des BIP.<sup>76</sup> In den südosteuropäischen Ländern ist die Handelsbilanz trotz der Rezession stark defizitär. Dies zeigt die extreme Schwäche des produktiven Sektors. Das produktive Gewebe ist durch die deutliche Rezession weiter geschwächt worden. Im Fall der hochverschuldeten Länder ist unklar, wie eine derart schwache Ökonomie auf längere Sicht den Schuldendienst aufbringen soll. Diese Frage stellt sich mit besonderer Schärfe, aber nicht allein, für die baltischen Länder. Das Verhältnis Auslandsschuld/BIP hat sich durch die Rezession weiter verschlechtert. In Lettland machten die Auslandsschulden 2009 157% des BIP gegenüber 129% im Vorjahr aus, in Ungarn 130% gegenüber 120% und in Estland 127% gegenüber 120%.<sup>77</sup> Ver- bzw. Überschuldungsprobleme sind nicht gelöst, verschärfen sich sogar noch. Zahlungsausfälle bei Krediten nahmen 2009 signifikant zu, in Litauen betragen sie 2009 etwa 20%, die 15%-Marke wurde aber auch in Serbien, Lettland und Rumänien übertroffen.<sup>78</sup> Von einer realen Stabilisierung kann nicht die Rede sein. Die strukturellen Probleme – Schwäche der produktiven Sektoren, beträchtliche Importüberschüsse, hohe Auslandsverschuldung – bestehen fort. Gleichzeitig hat die Wirtschaftspolitik rezessive Tendenzen – speziell in den baltischen Ländern und Rumänien – deutlich verstärkt. Die soziale Lage hat sich stark verschlechtert. Eine vergleichbare Wirtschaftspolitik in Argentinien und Uruguay ist 2001/2002 – bei weit geringeren außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten – gescheitert. Eine Abwertung der Währung erwies sich letztlich als unvermeidlich und ermöglichte nach einer tiefen Rezession einen Wiederaufschwung.<sup>79</sup>

Ähnlich wie in Argentinien und Uruguay Ende der 1990er-Jahre ist die Frage der Abwertung in den Ländern mit überbewerteten Währungen und hoher Devisenverschuldung in Osteuropa tabuisiert. Allerdings hat es auch so Reibungspunkte und Konflikte zwischen Regierungen und IWF bzw. Europäischer Kommission gegeben. Bezogen auf das Budgetdefizit wurden die Ziele teils wegen der starken Rezession deutlich verfehlt. Dies führte dann in einigen Fällen zu Nachverhandlungen und weiterer

Verschärfung der Budgetpolitik. Im Fall Lettlands wurde die Auszahlung von Kredittranchen 2009 zweimal ausgesetzt, um weitere Ausgabenkürzungen zu erzwingen.<sup>80</sup> Als in Rumänien das Verfassungsgericht die Pensionskürzungen für verfassungsrechtlich nicht zulässig befand, wurde die Mehrwertsteuer um 5 Prozentpunkte hochgesetzt.<sup>81</sup> Den bisher schärfsten Konflikt gab (und gibt) es aber zwischen der nationalliberalen Regierung in Ungarn einerseits und dem IWF sowie den Banken und Regierungen ihrer Herkunftsländer andererseits. Der Stein des Anstoßes ist hier die Einführung einer aufkommensstarken Bankensteuer über drei Jahre hinweg, die seitens der westeuropäischen (gerade auch österreichischen) Banken auf heftige Ablehnung stößt. Der IWF und die EU unterbrachen daraufhin im Juli 2010 die Gespräche mit der ungarischen Regierung über die Freigabe einer letzten Kredittranche aus dem laufenden Programm.<sup>82</sup> Da Ungarn zu diesem Zeitpunkt nicht dringend auf diese Finanzmittel angewiesen war, hatte die ungarische Regierung gewisse Spielräume. Ob der Konflikt ein taktisches Manöver im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen war oder eine strategische Ausrichtung anzeigt, ist noch nicht klar. Die Bankensteuer würde sich durchaus in eine strategische Gesamtkonzeption der Regierung Viktor Orbáns einfügen. Die Bankensteuer würde Spielräume für Steuersenkungen für die Kernklientel der regierenden Fidesz – den oberen Mittelschichten und kleineren Unternehmen – schaffen. Vorgesehen sind die Abschaffung der progressiven Einkommensteuer und die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von nur 16% sowie die steuerliche Entlastung kleiner Unternehmen.<sup>83</sup> Dies firmiert unter Belebung der Konjunktur, real geht es aber um Steuergeschenke für die (obere) Mittelschicht. Drapiert wird die sozial regressive Steuerpolitik mit der Kodierung national versus transnational. Erkennbar ist auch in Ungarn die Akzentuierung des nationalliberalen Elementes, das allerdings bereits in einer früheren Amtszeit Orbáns hochgehalten wurde. In der Akzentuierung des nationalliberalen Elementes ist eine Gemeinsamkeit der Regierungen der Visegrád-Länder zu erkennen. Den anderen EU-Ländern Osteuropas – mit Ausnahme Sloweniens – scheinen die Spielräume für offensive Thematisierung „nationaler Interessen“ derzeit zu fehlen.

Trotz der enormen sozialen Härten der Sparpolitik sind die sozialen Proteste in Osteuropa eher schwach geblieben, wenngleich es durch kurzfristiges Aufflackern (z. B. in Lettland, Rumänien oder Ungarn) gegeben hat. Auch wenn die gesellschaftlichen Proteste und Streiks (vor allem im öffentlichen Dienst) nicht sehr machtvoll waren, ist eine Delegitimierung von Regierungsparteien (z. B. der früheren sozialliberalen Regierungsparteien in Ungarn oder der aktuellen liberalen Regierungspartei in Rumänien) bzw. sogar des gesamten Parteienspektrums (z. B. in Lettland) unverkennbar. Die ökonomische Krise hat sich in Ungarn, Rumänien und Lettland auch in zeitweilig instabilen Regierungskonstellationen niederge-

schlagen.<sup>84</sup> Die Lage in Rumänien ist als sozial wie politisch explosiv einzuschätzen. Auch der Aufstieg der rechtsextremen, rassistischen Jobbik-Partei in Ungarn ist im Kontext der Krise zu sehen. Insofern ist die Krise nicht auf die ökonomische und soziale Sphäre begrenzt, sondern hat auch die politische Sphäre ergriffen.

#### 4. Schlussfolgerungen

In den osteuropäischen Ländern hat die Krise die Fragilität der aus der Transformation hervorgegangenen Wachstumsmodelle offengelegt. Die finanzgetriebenen Modelle sind in einer völligen Sackgasse, die exportorientierten Modelle haben ihre Abhängigkeit von der westeuropäischen, speziell deutschen Konjunkturentwicklung gezeigt. Je stärker orthodox-neoliberal die Wirtschaftspolitik der Vorkrisenzeit und die hieraus resultierenden außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte sowie das Ausmaß der informellen Euroisierung waren, umso stärker war (bzw. ist) in der Tendenz die Rezession. Die baltischen Länder erlitten den stärksten Wirtschaftseinbruch. Die Rezession war in der Tendenz in den Ländern mit finanzgetriebenem Wachstumsmodell stärker ausgeprägt als in den Ländern mit exportgetriebenem Wachstum. Währungsabwertungen in der Krise haben, speziell in Polen und der Tschechischen Republik, die Wucht der Krise abgemildert.

Die wirtschaftspolitischen Reaktionsmöglichkeiten waren in den Ländern mit dem exportgetriebenen Wachstumsmodell größer als in jenen mit finanzgetriebenem Modell. Erstere zeigten zunächst zumindest keine ausgeprägt prozyklische Politik, obgleich in der Tschechischen Republik und der Slowakei nach einem politischen Rechtsruck eine klare Tendenz zu einer restriktiven Fiskalpolitik und einer Vertiefung neoliberaler Politikmuster unverkennbar ist. Ganz im Interesse der Banken (bzw. der verschuldeten Mittelschichten) ist in den Ländern mit dem ursprünglich finanzgetriebenen Modell ein Primat der Beibehaltung der überbewerteten Wechselkurse festzustellen. Um die hohen Leistungsbilanzdefizite abzubauen, verfolgen diese Länder eine extrem restriktive Fiskal- und Lohnpolitik mit deflationärer Ausrichtung. In einem Teil der Länder ist diese Ausfluss der Stützungspakete von IWF und der EU, in anderen Ländern erfolgt sie stärker in Eigenregie. Diese Politik hat zwar die Leistungs- und Handelsbilanzdefizite abgebaut, die strukturellen Schwächen dieser Ökonomien aber nicht reduziert (und in der Tendenz sogar noch verstärkt). Probleme der Überschuldung sind nicht gelöst. Die deflationär ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat extrem negative soziale Folgen, speziell in den baltischen Ländern und Rumänien.

Die Bruchlinien zwischen den Ländern mit Leistungsbilanzüberschuss und -defizit in der EU haben sich in der Tendenz verstärkt. Die Regie-

rungen der Überschussländer zeigen keine Bereitschaft, von ihrer neo-merkantilistischen Wirtschaftspolitik abzugehen. Damit wird der Druck zum Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte einseitig den Leistungsbilanzdefizitländern aufgebürdet. Die Lohnsenkungspolitik in den osteuropäischen (aber auch in den südeuropäischen) Ländern wird den Druck auf die Löhne auch in den anderen europäischen Ökonomien erhöhen. Ein negativer Anpassungswettlauf nach unten zeichnet sich in der EU ab. Er wird durch die fragmentierte EU-Politik gefördert. Für Béla Galgóczi (2009, S. 6), Ökonom am Europäischen Gewerkschaftsinstitut, haben diese Politikmuster weitreichende politische Konsequenzen: „Das Fehlen wirklich europäischer Antworten auf die Krise mit ihren schwerwiegenden Folgen für die neuen Mitgliedsländer könnte leicht die Zukunft eines vereinten Europa in Frage stellen.“

## Anmerkungen

- <sup>1</sup> Forschungen für den Beitrag wurden durch das Projekt 13157 des OeNB-Jubiläumsfonds gefördert.
- <sup>2</sup> Vgl. Becker et al. (2010).
- <sup>3</sup> Vgl. Drahokoupil (2009).
- <sup>4</sup> Frangakis (2009) 72, Tab. 3.14.
- <sup>5</sup> Drahokoupil (2009).
- <sup>6</sup> Vgl. Prinčič (2008).
- <sup>7</sup> Okáli et al. (2008) 52.
- <sup>8</sup> Dutrénot/Sand-Zantman (2010) 167.
- <sup>9</sup> Frangakis (2009) 64, Tab. 3.8.
- <sup>10</sup> Marn (2010).
- <sup>11</sup> Vgl. Štiblar (2008) 137.
- <sup>12</sup> Astrov/Pöschl (2009) 356, Abb. 5.
- <sup>13</sup> Szelałowska (2009) 186, Abb. 13.3.
- <sup>14</sup> Astrov/Pöschl (2009) 356, Abb. 5, vgl. Andor (2009) 289.
- <sup>15</sup> Vgl. Becker (2008).
- <sup>16</sup> Mencinger (2007) 120 ff.
- <sup>17</sup> Astrov/Pöschl (2009) 357, Tab. 6, vgl. auch Becker (2009) 99.
- <sup>18</sup> Astrov/Pöschl (2009) 348, Tab. 1.
- <sup>19</sup> Muharemi-Vukas (2009) 67.
- <sup>20</sup> Workie et al. (2009) 96, 101.
- <sup>21</sup> Morvay et al. (2010) 6.
- <sup>22</sup> Marn (2010).
- <sup>23</sup> Eller et al. (2010) 58.
- <sup>24</sup> Svoboda (2010) 5.
- <sup>25</sup> Pöschl (2010) 428, Tab. 1.
- <sup>26</sup> Belka (2010).
- <sup>27</sup> Becker (2007) 259 f.
- <sup>28</sup> Dutrénot/Sand-Zantman (2010) 67, Rapacki (2009) 221 ff., Uvalic (2010) 250 ff.
- <sup>29</sup> Frangakis (2009) 64, Tab. 3.8.

- <sup>30</sup> Leitner (2008) 63.  
<sup>31</sup> Eller et al. (2010) 60.  
<sup>32</sup> Uvalic (2010) 251.  
<sup>33</sup> Purfield/Rosenberg (2010) 6, Abb. 2.  
<sup>34</sup> Workie et al. (2008) 264, Tab. 3.5.  
<sup>35</sup> Astrov/Pöschl (2009) 356, Abb. 5, Eller et al. (2010) 60.  
<sup>36</sup> Leitner (2010) 48.  
<sup>37</sup> Družić (2009) 49, Tab. 2-3.  
<sup>38</sup> Uvalic (2010) 202.  
<sup>39</sup> Becker (2009) 101.  
<sup>40</sup> Pöschl (2010) 441, Tab. 5.  
<sup>41</sup> Astrov/Pöschl (2009) 355, Tab. 5.  
<sup>42</sup> Becker (2009a) 100 ff., Arsić (2009).  
<sup>43</sup> Dvorsky et al. (2010) 82.  
<sup>44</sup> EZB (2010) 99, Tab. 1, Pöschl (2010) 434 ff.  
<sup>45</sup> Pöschl (2010) 428, Tab. 1.  
<sup>46</sup> Eurostat (2010).  
<sup>47</sup> Eurostat (2010b).  
<sup>48</sup> Pöschl (2010) 428, Tab. 1.  
<sup>49</sup> Pöschl (2010) 428.  
<sup>50</sup> Berkman et al. (2010) 31.  
<sup>51</sup> Becker/Jäger (2010) 17.  
<sup>52</sup> Wehr (2009) 76.  
<sup>53</sup> Becker/Schlager (2010) 80.  
<sup>54</sup> Vgl. die Daten in Maechler/Ong (2009) 13, Tab. 2.  
<sup>55</sup> Van Treeck (2010) 9.  
<sup>56</sup> Vgl. Becker (2009a) 99 f.  
<sup>57</sup> Astrov/Pöschl (2009) 355, Tab. 5.  
<sup>58</sup> Dostál (2010), Vavroň (2010), o.A. (2010a).  
<sup>59</sup> O. A. (2010b).  
<sup>60</sup> Majchrák (2010) 33.  
<sup>61</sup> Z. B. Hanus et al. (2010) 14.  
<sup>62</sup> Lauder (2010) 23.  
<sup>63</sup> Niedermayer (2010) 41.  
<sup>64</sup> Jančík (2010) 6.  
<sup>65</sup> Macháček (2010).  
<sup>66</sup> Ebendort 15.  
<sup>67</sup> Bielecki (2010) 12.  
<sup>68</sup> Skwirowski (2010) 29.  
<sup>69</sup> Andor (2009) 286.  
<sup>70</sup> Hrustić (2009) 115.  
<sup>71</sup> Becker (2009b) 74 f.  
<sup>72</sup> Ebendort 78.  
<sup>73</sup> Becker (2009a) 102.  
<sup>74</sup> Bryant (2010) 4.  
<sup>75</sup> Becker (2009a) 103.  
<sup>76</sup> Pöschl (2010) 441.  
<sup>77</sup> Astrov/Pöschl (2009) 355, Tab. 5, Pöschl (2010) 440.  
<sup>78</sup> Purfield/Rosenberg (2010) 29, Abb. 17.  
<sup>79</sup> Becker (2008b) 164 ff.  
<sup>80</sup> Leitner (2010) 52.



- <sup>81</sup> Ebendorf 5.  
<sup>82</sup> O. A. (2010d).  
<sup>83</sup> Gadomski (2010) 23.  
<sup>84</sup> Vgl. Becker (2009a) 103, Bryant (2010).

## Literatur

- Andor, László, Hungary in the Financial Crisis: A (Basket) Case Study, in: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 17/3 (2009) 285-296.
- Arsic, Milojko, Uticaj svetske ekonomske krize na privredu Srbije, in: *Izazovi evropske integracija* 4 (2009) 7-23.
- Astrov, Vladimir; Pöschl, Josef, MOEL im Sog der Krise, in: *Wifo-Monatsberichte* 82/5 (2009) 347-359.
- Becker, Joachim, Dollarisation in Latin America and Euroisation in Eastern Europe: Parallels and Differences, in: Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (Hrsg.), *Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern European Countries between Stagnation and Financial Crisis?* (Marburg 2007) 223-278.
- Becker, Joachim, Eurdoba – krátkodobá stabilizácia, dlhodobá stagnácia?, in: *Slovo* (21. 5. 2008a) 5.
- Becker, Joachim, Zyklen von Finanzialisierung, Krise und Exportorientierung, in: Küblböck, Karin; Staritz, Cornelia (Hrsg.), *Asienkrise: Lektionen gelernt? Finanzmärkte und Entwicklung* (Hamburg 2008b) 159-174.
- Becker, Joachim, Osteuropa in der Finanzkrise: Ein neues Argentinien?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 54/6 (Berlin 2009a) 97-105.
- Becker, Joachim, Krisenregion Ost- und Mitteleuropa – der IWF als „Retter“, in: Candeias, Mario; Rilling, Rainer (Hrsg.), *Krise. Neues vom Finanzkapitalismus und seinem Staat* (Berlin 2009b) 74-83.
- Becker, Joachim; Jäger, Johannes, Development Trajectories in the Crisis in Europe, in: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 18/1 (2010) 5-27.
- Becker, Joachim; Jäger, Johannes; Leubolt, Bernhard; Weissenbacher, Rudy, Peripheral Financialization and Vulnerability to Crisis: A Regulationist Perspective, in: *Competition and Change* 14/3-4 (2010, i.E.) 223-245.
- Becker, Joachim; Schlager, Christa, Editorial, in: *Kurswechsel* 2 (2010) 79-81.
- Belka, Marek, Świat się odbija, Polska korzysta, in: *Gazeta Wyborcza* (9.-10. 1. 2010a) 18-19.
- Belka, Marek, Nie jestem breloczkiem, in: *Tygodnik Powszechni* (19. 9. 2010b) 12-13.
- Berkman, Pelin; et al., Differential Impact, in: *Finance and Development* 47/1 (2010) 29-31.
- Bielecki, Jan Krzysztof, Dobrze, po polskie, in: *Tygodnik Powszechni* (5. 9. 2010) 12-13.
- Bryant, Chris, Finance Minister among victims of Romania reshuffle, in: *Financial Times* (3. 9. 2010) 4.
- Dostál, Vratislav, Vláda rozpočtové neodpovědnosti, in: *Deník Referendum* (14. 7. 2010); ([www.denikreferendum.cz/clanek/tisk/4814-vlada-rozpocetove-neopovednosti](http://www.denikreferendum.cz/clanek/tisk/4814-vlada-rozpocetove-neopovednosti), 14. 7. 2010).
- Drahokoupil, Jan, *Globalization and the State in Central and Eastern Europe. The Politics of Foreign Direct Investment* (London/New York 2009).
- Družić, Gordan, *Croatian Economic Development and the EU. Potential and Perspectives* (Zagreb 2009).

- Dvorsky, Sandra; Schreiber, Thomas; Stix, Helmut, Real Effects of Crisis Have Reached CESEE Households: Euro Survey Shows Dampened Savings and Changes in Borrowing Behavior, in: OeNB (Hrsg.), Focus on European Integration 2 (2010) 79-90.
- Dutrénat, Gilles; Sand-Zantman, Alain, Après la crise? Les politiques économiques dans le monde (Paris 2010).
- Eller, Markus; Frömmel, Michael; Srzentic, Nora: Private Sector Credit in CESEE: Long-Run Relationships and Short-Run Dynamics, in: OeNB (Hrsg.), Focus on European Integration 2 (2010) 50-78.
- Eurostat, BIP im Euroraum und in der EU27 um 1,0% gestiegen, Eurostat pressemitteilung euroindikatoren (2. September 2010 a).
- Eurostat, Arbeitslosenquote des Euroraums stabil bei 10,0%, Eurostat pressemitteilung euroindikatoren (31. August 2010 b).
- EZB, Die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Länder Mittel- und Osteuropas, in: EZB Monatsbericht (Juli 2010) 93-105.
- Frangakis, Marica, EU financial market integration, in: Grahl, John (Hrsg.), Global Finance and Social Europe (Cheltenham 2009) 91-114.
- Gadomski, Witold, Węgry mają muskuły, MFW ma kasę, in: Gazeta Wyborcza (12. 7. 2010) 22-23.
- Galgóczi, Béla, Central and Eastern Europe Five Years After: From „Emerging Europe“ to „Submerging Europe“? (=ETUI Policy Brief 4/2010, Brüssel 2010).
- Hanus, Martin, Ich 100 dní, in: Týžden (11.10.2010) 12-21.
- Hrustić, Hasiba, Svetska finansijska kriza i državna intervencija u odabranim zemljama (Belgrad 2009).
- Jančík, Ľuboš, Brusel začína tlačiť na Slovensko, in: Sme (9. 9. 2010) 6.
- Kovačević, Mladen, Osnovi elementi ekonomsko-finansijskih odnosa Srbije sa inostranstvom, in: Stojić Karanović, Edita; Janković, Slobodan (Hrsg.), Elementi strategije spoljne politike Srbije (Belgrad 2009) 265-275.
- Lauder, Silvie, K reformám pochodéém v chod, in: Respekt 21/36 (6. 9. 2010) 22-23.
- Leitner, Sebastian, Aufstieg und Fall der baltischen Tiger, in: Kurswechsel 4 (2008) 56-66.
- Leitner, Sebastian, Baltikum: Ein neoliberales Transformationsmodell fordert seine Opfer, in: Kurswechsel 1 (2010) 47-54.
- Macháček, Jan, Euroskeptici na vzestupu, in: Respekt 21/28 (12. 7. 2010) 15.
- Maechler, Andrea M.; Ong, Li Liang, Foreign Banks in the CESE Countries: In for a Penny, in for a Pound? (=IMF Working Paper WP/09/54, Washington, D. C. 2009).
- Majchrák, Jozef, Štrenie bez odvahy, in: Týždeň (6. 9. 2010) 32-33.
- Marn, Urša, Grabinci na udaru, in: Mladina (19. 3. 2010) 36-40.
- Mencinger, Jože, Addiction to FDI and Current Account Balance, in: Becker, Joachim; Weissenbacher, Rudy (Hrsg.), Dollarization, Euroization and Financial Instability. Central and Eastern Europe between Stagnation and Financial Crisis? (Marburg 2007) 109-126.
- Morvay, Karol; et al., Hospodarský vývoj Slovenska v roku 2009 (Bratislava 2010).
- Muharemi-Vukas, Seniha, Intervju: Danilo Tirk, predsednik Slovenije: Podržavamo brži ulazak Srbije u EU, in: NIN (31. 12. 2009) 66-68.
- Niedermayer, Luděk, Za kouřovou clonou, in: Respekt 21/39 (27. 9. 2010) 41.
- O. A., Stát počítá, že příští rok vybere bilión korun, in: Právo (2. 8. 2010 a) 4.
- O. A., Vláda dočasne zvýší DPH na 20 percent, in: Sme (7. 9. 2010 b); [http://ekonomikya.sme.sk/clanok\\_tlac.asp?cl=5536545](http://ekonomikya.sme.sk/clanok_tlac.asp?cl=5536545) (7. 9. 2010).
- O. A., Rumänische Verfassungsrichter setzen Sparpaket teils außer Kraft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (28. 6. 2010c) 5.
- O. A., IWF und EU legen Ungarns Kreditrate auf Eis, in: Der Standard (19. 7. 2010d).

- Okáli, Ivan; et al., Hospodarský vývoj Slovenska v roku 2007 (Bratislava 2008).
- Pöschl, Josef, Erholungstendenzen in den MOEL, in: Wifo-Monatsberichte 83/5 (2010) 427-443.
- Prinčič, Jože, Največja in uspešna slovenska podjetja v 2. polovici 20. stoletja, in: Fikfak, Jurij; Prinčič, Jože (Hrsg.), Biti direktor v času socializma: med idejami in praksami (Ljubljana 2008) 205-258.
- Purfield, Catriona; Rosenberg, Christoph B., Adjustment under a Currency Peg: Estonia, Latvia and Lithuania during the Global Financial Crisis 2008-09 (=IMF Working Paper 10/213, Washington, D. C. 2010).
- Rapacki, Ryszard, Reformy instytucjonalne a zróżnicowanie ścieżek wzrostu gospodarczego w krajach transformacji w latach 1990-2005, in: Rapacki, Ryszard (Hrsg.), Wzrost gospodarczy w krajach transformacji: konwergencja czy dywergencja? (Warschau 2009) 202-226.
- Schreiner, Josef, Developments in Selected CESEE Countries. After the Drought – Tentative Economic Stabilization in the CESEE Region, in: Focus on European Economic Integration 2 (2010) 7-48.
- Šimečka, Martin M., V bahně populismu, in: Respekt 21/29 (19. 7. 2010) 14-15.
- Skwirowski, Piotr, Rząd upichcił doraźny i ostrożny budżet, in: Gazeta Wyobrcza (4.9.2010) 29.
- Štiblar, Franjo, Svetovna kriza in Slovenci: Kako je preživeti? (Ljubljana 2008).
- Svoboda, Jakub, Dlhuhy Čechů u bank se zdvojnásobily, in: Právo (30. 1. 2010) 5.
- Szelągowska, Anna, Finansowanie nieruchomości mieszkaniowych przez polski sektor bankowy w pierwszej fazie globalnego kryzysu finansowego, in: Bednarczyk, Jan L.; et al. (Hrsg.), Współczesny kryzys gospodarczy. Przyczyny – przebieg – skutki (Warschau 2009) 179-192.
- Uvalic, Milica, Serbia's Transition: Towards a Better Future (Basingstoke/New York 2010).
- Van Treeck, Till, Victoire à la Pyrrhus pour l'économie allemande, in: Le Monde diplomatique 57/678 (2010) 8-9.
- Vavroň, Jiří, Nečas: pět až osm procent státních zaměstnanců přijde o práci, in: Právo (30.8.2010); [www.pravo.novinky.cz/p201a01e.php](http://www.pravo.novinky.cz/p201a01e.php) (30. 8. 2010).
- Wehr, Andreas, Währung mit eingebauter Sozialdemontage. Der Euro und die Krise, in: Pfeiffer, Hermannus (Hrsg.), Land in Sicht? Die Krise, die Aussichten und die Linke (Köln 2009) 69-80.
- Workie, Menbere T.; et al., Vývoj a perspektivy svetovej ekonomiky. Turbulencie na finančných trhoch a dilemy hospodárskej politiky (Bratislava 2008).
- Workie, Menbere T.; et al., Vývoj a perspektivy svetovej ekonomiky. Globálna finančná a hospodárska kriza (Bratislava 2009).

## Zusammenfassung

Krisenprozesse und Anti-Krisen-Politiken in Osteuropa sind sehr stark von der Form des Wachstumsmodells vor der Krise konditioniert worden. In Osteuropa ließen sich vor der aktuellen Krise zwei Grundmodelle wirtschaftlichen Wachstums unterscheiden: ein eher exportorientiertes Modell und ein finanzgetriebenes Modell. Das exportgetriebene Modell ist stark vom Einbruch der Exporte während der Krise betroffen worden, während sich das finanzgetriebene Modell als sehr verwundbar gegenüber rückläufigen Finanzflüssen bzw. Kapitalabfluss erwies. Länder mit diesem Modell haben oftmals eine besonders scharfe Rezession und eine besonders starke Verschlechterung der sozialen Lage erlebt. Dieses Wachstumsmodell ist faktisch kollabiert. Länder mit dem finanzgetriebe-

nen Wachstumsmodell haben – teils unter Regie der Europäischen Kommission und des Internationalen Währungsfonds – eine stark prozyklische Wirtschaftspolitik verfolgt, die primär auf eine Wechselkursstabilisierung ausgelegt ist. Diese Politik reduzierte zwar die Leistungsbilanzdefizite, verschärfte aber tendenziell die Probleme schwacher Produktionsstrukturen und privater Überschuldung. Die Länder mit exportorientiertem Modell hatten größere Politikspielräume, die anfangs auch ansatzweise zu antizyklischen Maßnahmen genutzt wurden. Wahlsiege von liberal-konservativen Koalitionen haben in der Slowakei und der Tschechischen Republik allerdings mittlerweile zu einer Radikalisierung neoliberaler Politik geführt.